

Sektion 2: „(Ent)Demokratisierung“

These 1: Die Demokratie, verstanden als repräsentatives Regime politischer Gleichheit, ist nicht zukunftsfähig, da ihre gesellschaftlichen wie politischen Voraussetzungen erodieren. Auslöser hierfür ist ein Prozess, den ich als Devolution der Demokratie bezeichne (Selk 2023). Dieser hat vier Aspekte:

- Eine *umfassende Politisierung*, die auch die demokratischen Institutionen erfasst hat und die „Legitimation durch Verfahren“ (Luhmann) stört. Symptome hierfür sind Ereignisse wie der „Sturm auf das Kapitol“ und der Aufstieg des Populismus, aber auch gegenwärtige Diskussionen über Verbote elektoral erfolgreicher rechtspopulistischer Parteien wie der AfD.
- Das *Ende des „demokratischen Kapitalismus“*, das das sozio-ökonomische Pazifizierungs- und kollektive Verbesserungsversprechen („social hope“, Rorty) unglaubwürdig werden lässt und die „Output-Legitimation“ (Scharpf) erschwert. An die Stelle des demokratischen Kapitalismus treten das Modell eines Wettbewerbs zwischen „Gewinnern und Verlierern“ und eine aristokratische Form der Ausweitung von Partizipation (*participatory revolution for the few*).
- Eine *Zunahme von Differenzierung und Komplexität*, die den politischen Prozess opak werden lässt. Die entstandene komplexe Governance ist sowohl für Normalbürger als auch für Experten-Idioten unverständlich. Zudem ist ein Grad an Differenzierung erreicht, der eine rückholende Demokratisierung („take back control“) verhindert (negativer Sperrklinkeneffekt).
- Eine *epistemische Asymmetrie* zwischen den Bürgern, die mit der Reproduktion eines demokratischen Gemeinsinns unvereinbar ist. An dessen Stelle tritt der *rise of uncommon sense*. Phänomene wie „fake news“ und die „Krise epistemischer Autorität“ (Leiter) haben hierin eine ihrer Ursachen.

Die Devolution führt zu einem Legitimationsmangel auf der Output- und der Input-Seite des politischen Prozesses sowie zu Regierbarkeitsproblemen, aber nicht zu einer Krise. Wir haben es vielmehr mit einem evolutionären Übergang in eine nachdemokratische Epoche zu tun, deren neuartige Regimeformen nicht absehbar sind („Epochenschwelle“, in Anlehnung an Blumenberg).

These 2: Infolge der Devolution werden sowohl die populären, unwissenschaftlichen Theorien über Demokratie („folk theory“ i.S. von Bartels & Achen) als auch die wissenschaftlichen Demokratietheorien deliberativer, agonaler, partizipativer und liberaler Spielart unplausibel. Der demokratietheoretische Diskurs „wuchert“ (Kuhn), da die Devolution in der Demokratietheorie zu einer Paradigmakrise führt. Dies betrifft auch die Theorie des „demokratischen Elitismus“ (Schumpeter).

Drei zentrale Annahmen des demokratischen Denkens/der Demokratietheorie werden sich falsch erweisen, sollte der Prozess der Devolution anhalten:

- Die Verstehbarkeit von Politik in Demokratien für Normalbürger
- Die Reformfähigkeit/Selbstverbesserungsfähigkeit von Politik in Demokratien
- Die Redemokratisierbarkeit von Politik in Reaktion auf Demokratieverluste

These 3: Für die politische Bildung ergibt sich hieraus erstens die Aufgabe einer kritischen Reflektion ihrer theoretischen Grundlagen und Bezugstheorien. Zweitens sollte sie sich stärker ihrer Funktion der Vermittlung von politischem Wissen, der Schärfung von Urteilskraft und der Ermöglichung von Mündigkeit und Bildung widmen. Sie sollte weniger auf die Vermittlung von vermeintlich progressiven Moral, „Narrativen“ oder „Haltungen“ setzen und auch der Versuchung einer gouvernemental-etatistisch orientierten Volkspädagogik widerstehen.